

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung  
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT  
mit Antwort der Landesregierung**

Anfrage des Abgeordneten Marcel Scharrelmann (CDU)

Antwort der Niedersächsischen Staatskanzlei namens der Landesregierung

**Sicherheitspolitischer Dialog Niedersachsen - Arbeitsgruppen, Organisation und bisheriger Arbeitsstand**

Anfrage des Abgeordneten Marcel Scharrelmann (CDU), eingegangen am 04.03.2026 -

Drs. 19/9985

an die Staatskanzlei übersandt am 06.03.2026

Antwort der Niedersächsischen Staatskanzlei namens der Landesregierung vom 31.03.2026

**Vorbemerkung des Abgeordneten**

Der im September 2025 gestartete „Sicherheitspolitische Dialog Niedersachsen“ soll als ressortübergreifendes Austausch- und Arbeitsformat dazu beitragen, die zivile und staatliche Resilienz des Landes zu stärken. Bei der Auftaktveranstaltung am 9. September 2025 stellte die Staatskanzlei Struktur, Arbeitsweise und Themenschwerpunkte des Dialogs vor. Vorgesehen sind regelmäßige Hauptveranstaltungen sowie mehrere thematische Dialogrunden, in denen ressortübergreifend und unter Beteiligung externer Akteure sicherheitspolitische Fragestellungen bearbeitet werden sollen. Nach der Auftaktveranstaltung wurde angekündigt, dass alle Dialogrunden noch vor Weihnachten zu ihren ersten Arbeitssitzungen zusammentreten sollen.

**Vorbemerkung der Landesregierung**

Die sicherheitspolitische Lage in Europa hat sich in den vergangenen Jahren grundlegend verändert. Sicherheitspolitische Fragestellungen betreffen heute nicht mehr ausschließlich klassische sicherheitspolitische Institutionen, sondern nahezu alle Bereiche staatlichen Handelns sowie zahlreiche gesellschaftliche und wirtschaftliche Akteure. Die Resilienz von Staat und Gesellschaft ergibt sich daher aus dem Zusammenspiel vieler verschiedener Strukturen - von der Funktionsfähigkeit Kritischer Infrastrukturen über die Krisenfestigkeit von Verwaltung und Wirtschaft bis hin zur Handlungsfähigkeit von Kommunen, Hilfsorganisationen und Zivilgesellschaft. Vor diesem Hintergrund hat die Landesregierung den Sicherheitspolitischen Dialog Niedersachsen initiiert. Die Einrichtung eines solchen Formats war im Übrigen u. a. von Wirtschaftsverbänden angeregt worden. Ziel des Dialogs ist es, sicherheitspolitische Herausforderungen ressortübergreifend zu analysieren, ein Verständnis zu entwickeln und die Resilienz staatlicher und gesellschaftlicher Strukturen im Land Niedersachsen zu stärken. Die gemeinsame Bearbeitung sicherheitspolitischer Fragestellungen soll dazu beitragen, bestehende Strukturen weiterzuentwickeln, Kooperationen zu stärken und die Krisenfestigkeit Niedersachsens insgesamt zu erhöhen. Der Sicherheitspolitische Dialog Niedersachsen ist dabei als kontinuierlicher Prozess angelegt, der unterschiedliche staatliche und gesellschaftliche Akteure zusammenführt. Neben der Landesverwaltung werden daher auch Kommunen, Wirtschaft, Wissenschaft sowie Einrichtungen des Katastrophenschutzes und der kritischen Infrastrukturen einbezogen.

Der Sicherheitspolitische Dialog Niedersachsen ist als mehrstufiger Prozess angelegt. Neben regelmäßigen Hauptveranstaltungen, in denen die Ergebnisse zusammengeführt und diskutiert werden, arbeiten die Dialogrunden kontinuierlich an den jeweiligen Themenfeldern. Die inhaltliche Arbeit erfolgt in diesen Dialogrunden, die in enger Abstimmung mit den jeweils fachlich zuständigen Ressorts organisiert werden. Dabei stehen derzeit insbesondere der Aufbau belastbarer Arbeitsbeziehungen zwischen den beteiligten Akteuren sowie die gemeinsame Analyse sicherheitspolitischer Herausforderungen im Mittelpunkt.

**1. Welche konkrete Aufgaben- und Rollenverteilung besteht innerhalb der in der Staatskanzlei angesiedelten Geschäftsstelle des Sicherheitspolitischen Dialogs?**

Die Koordinierung des Sicherheitspolitischen Dialogs Niedersachsen obliegt der Staatskanzlei.

Die Staatskanzlei übernimmt dabei insbesondere die organisatorische Vorbereitung und Durchführung der Hauptveranstaltungen des Sicherheitspolitischen Dialogs Niedersachsen und außerdem die Koordination der Dialogrunden, die in diesem Zusammenhang erforderlichen Abstimmungen mit den jeweils fachlich zuständigen Ressorts, die Unterstützung bei der inhaltlichen Vorbereitung von Sitzungen und Arbeitsformaten, die Vernetzung der beteiligten staatlichen und nichtstaatlichen Akteure sowie die Dokumentation und Zusammenführung der Ergebnisse aus den Dialogrunden.

Die fachliche Arbeit in den einzelnen Themenfeldern erfolgt grundsätzlich unter der Federführung der jeweils zuständigen Ressorts der Landesregierung. Die Staatskanzlei übernimmt dabei eine koordinierende und unterstützende Funktion, während die fachlichen Beiträge aus den beteiligten Ressorts sowie den jeweiligen Dialogrunden heraus entwickelt werden.

**2. In welcher Form wurden die Dialogrunden organisatorisch eingerichtet, und welche Ressorts tragen jeweils die Federführung?**

Die inhaltliche Arbeit des Sicherheitspolitischen Dialogs Niedersachsen erfolgt in thematisch ausgerichteten Dialogrunden. Diese dienen dazu, spezifische Fragestellungen vertieft zu bearbeiten und unterschiedliche fachliche Perspektiven zusammenzuführen.

Die Dialogrunden sind organisatorisch jeweils an den fachlich zuständigen Ressorts der Landesregierung angebunden. Die Federführung liegt daher jeweils bei dem Ressort, dessen Zuständigkeitsbereich das betreffende Themenfeld maßgeblich betrifft.

Die Federführung für die folgenden Dialogrunden liegt bei den jeweils fachlich zuständigen Ressorts:

- Dialogrunde 1 „Zivile Verteidigung und staatliche Handlungsfähigkeit“ (FF MI)
- Dialogrunde 2 „Kritische Infrastruktur und Versorgungssicherheit“ (FF MU)
- Dialogrunde 3 „Cybersicherheit und digitale Resilienz“ (FF MI)
- Dialogrunde 4 „Logistik, Verkehr und militärische Mobilität“ (FF MW)
- Dialogrunde 5 „Gesundheitsversorgung und Sanitätsdienst in Krisen“ (FF MS)
- Dialogrunde 6 „Ernährung und Bevölkerungsversorgung“ (FF ML)
- Dialogrunde 7 „Wirtschaft und Verteidigungsfähigkeit“ (FF MW)
- Dialogrunde 8 „Forschung, Innovation und Dual-Use“ (FF MWK)
- Dialogrunde 9 „Gesellschaftliche Resilienz und Desinformation“ (FF MWK)

Die Staatskanzlei begleitet diese Arbeit koordinierend und stellt sicher, dass ein ressortübergreifender Austausch zwischen den Dialogrunden sowie eine Zusammenführung der Ergebnisse im Rahmen der Hauptveranstaltungen erfolgt.

**3. Welche Arbeitsgruppensitzungen der einzelnen Dialogrunden sind seit der Auftaktveranstaltung am 9. September 2025 bereits durchgeführt oder terminlich angesetzt worden (bitte nach Dialogrunde einzeln aufschlüsseln)?**

Im Rahmen des Sicherheitspolitischen Dialogs Niedersachsen wurden insgesamt neun thematische Dialogrunden eingerichtet (siehe Auflistung in Frage 2).

Seit der Auftaktveranstaltung im September 2025 wurden für alle Dialogrunden Arbeitssitzungen vorbereitet und entsprechende Einladungen ausgesprochen. Damit haben sämtliche Dialogrunden ihre Arbeit organisatorisch aufgenommen.

In mehreren Dialogrunden haben inzwischen bereits erste Arbeitssitzungen stattgefunden, während andere Dialogrunden aktuell ihre ersten Treffen durchführen bzw. terminlich vorbereitet haben. In einzelnen Dialogrunden wurden darüber hinaus bereits weitere Folgetermine für zweite Arbeitssitzungen angesetzt.

Der bisherige Schwerpunkt der Arbeit liegt auf der Vernetzung der beteiligten Akteure, dem Austausch zu bestehenden Strukturen der Krisenvorsorge sowie der gemeinsamen Identifikation zentraler Handlungsfelder zur weiteren Stärkung der Resilienz in Niedersachsen.

Die Terminierung und Durchführung weiterer Sitzungen erfolgen fortlaufend durch die federführenden Ressorts in Abstimmung mit der Staatskanzlei.

#### **4. Welche externen Akteure (beispielsweise Kommunen, Wirtschaft, Hilfsorganisationen, Wissenschaft, Bundesbehörden) wurden gegebenenfalls zur Mitarbeit in den Dialogrunden eingeladen, und nach welchen Kriterien erfolgt ihre Auswahl?**

Der Sicherheitspolitische Dialog Niedersachsen ist bewusst als offenes Austauschformat angelegt, das neben staatlichen Stellen auch externe Akteure einbezieht.

Zu den beteiligten Akteuren zählen u. a.

- Vertreterinnen und Vertreter von Kommunen,
- Akteure aus der Wirtschaft wie z. B. Wirtschaftsverbände
- Hilfsorganisationen, Sozialverbände und Einrichtungen des Katastrophenschutzes,
- Stiftungen, Kammern
- Blaulichtorganisation,
- Hochschulen und wissenschaftliche Einrichtungen,
- Forschungseinrichtungen
- Bundeswehr sowie
- Behörden und Organisatoren mit Sicherheitsaufgaben

Die Auswahl der beteiligten Akteure erfolgt themenbezogen und orientiert sich insbesondere an der fachlichen Zuständigkeit, der praktischen Erfahrung im jeweiligen Themenfeld sowie der Bedeutung der jeweiligen Institution für Fragen der Resilienz und Krisenvorsorge.

Ziel ist es, möglichst unterschiedliche Perspektiven zusammenzuführen und die Zusammenarbeit zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren zu stärken.

#### **5. Wie bewertet die Landesregierung den bisherigen Stand des ressortübergreifenden Prozesses insgesamt, und welche Maßnahmen sind gegebenenfalls vorgesehen, um Verzögerungen in den Arbeitsgruppen zu vermeiden?**

Die Landesregierung bewertet den bisherigen Stand des Sicherheitspolitischen Dialogs Niedersachsen positiv.

Mit der Einrichtung von neun Dialogrunden und der Aufnahme der Arbeit in sämtlichen Themenfeldern ist es gelungen, innerhalb kurzer Zeit eine ressortübergreifende Arbeitsstruktur aufzubauen, die den Austausch zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren deutlich stärkt.

Der Dialog verfolgt bewusst einen langfristigen Ansatz. Ziel ist es nicht, kurzfristige Einzelmaßnahmen zu beschließen, sondern die Resilienz staatlicher und gesellschaftlicher Strukturen in Niedersachsen nachhaltig zu stärken. Dies erfordert eine kontinuierliche Zusammenarbeit zwischen unterschiedlichen Akteuren sowie eine gemeinsame Analyse der jeweiligen Herausforderungen und Handlungsmöglichkeiten.

Die bisherigen Arbeitssitzungen zeigen, dass der Sicherheitspolitische Dialog Niedersachsen einen wichtigen Beitrag dazu leisten kann, bestehende Netzwerke weiterzuentwickeln, Schnittstellen zwischen verschiedenen Zuständigkeitsbereichen sichtbar zu machen und die Zusammenarbeit im Bereich der Krisenvorsorge weiter zu vertiefen.

Die Landesregierung sieht daher derzeit keine strukturellen Verzögerungen im Prozess. Vielmehr entwickelt sich der Dialog entsprechend seiner Konzeption als fortlaufender, ressortübergreifender Austausch- und Arbeitsprozess weiter.